

91.3016

Motion Fischer-Seengen
Teilrevision
der Kernenergie-Gesetzgebung
Energie nucléaire.
Révision de la législation

Diskussion – Discussion

Siehe Seite 1337 hiervor – Voir page 1337 ci-devant

Frau Hafner Ursula: Ich habe hier ein Foto, das den Geschäftsführer des WWF Schweiz, den Präsidenten der Schweizerischen Energie-Stiftung und unseren Energieminister, Herrn Bundesrat Ogi, zeigt. Sie halten gemeinsam die Energiefriedenstaube in der Hand. Darüber steht, die neue Formel heisse «Energiefrieden», und weiter unten heisst es unter dem Titel «Produktive Konflikte»: «Für die ungelösten und konfliktreichen Fragen wurden vom Bundesamt für Energiewirtschaft Konfliktgruppen eingesetzt. In Arbeitsgruppen sollen die Streitparteien nach konstruktiven Lösungen für Probleme wie Atommüll-Lagerung suchen. Das ist neu in der helvetischen Energiewirtschaft.» Ich möchte beifügen, das ist ein hoffnungsvoller Neuanfang.

Durch die Motion Fischer-Seengen wird diese neue Konfliktkultur unterlaufen. Der Motionär will die Einspracherechte von Leuten, welche von Grossprojekten betroffen sind, massiv einschränken. Herr Fischer begründet diesen Demokratieabbau mit dem Zeitaufwand, welcher zum Beispiel für die Probebohrungen in Siblingen im Kanton Schaffhausen notwendig waren. Ein Teil der Verzögerung entstand dabei allerdings dadurch, dass die Nagra bei der Wahl der Bohrstelle nicht sorgfältig genug vorgegangen war, wie ein Urteil des Bundesgerichts ergab.

Durch eine sachliche Auseinandersetzung mit den Gegnern werden die Projekte der Nagra in der Regel verbessert. Dies wiegt doch viel mehr als eine Verzögerung, welche sich angesichts der Jahrtausende, während derer das hoch radioaktive Material gelagert werden muss, vollkommen lächerlich ausnimmt.

Gerade das Beispiel Siblingen zeigt auch, wie falsch die Behauptung von Herrn Fischer ist, die Bereitstellung von Lagern für radioaktive Abfälle sei «bisher weniger auf technische als auf verfahrensmässige Hindernisse gestossen». Aus geologischen, nicht aus politischen Gründen musste die Nagra ihre Untersuchungen in Siblingen abbrechen und sich nach anderen Gesteinsschichten auf die Suche machen. Indem wir den Betroffenen ihre Einspracherechte wegnehmen und sie gar kurzerhand enteignen, verändern wir die Geologie unseres Landes nicht. Wir brüskieren nur unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ein Siblinger schrieb mir dazu: «Das kantonale Verfahren gab uns Betroffenen viel eher das Gefühl, wirklich direkt Einfluss nehmen zu können, als das bundesrechtliche. Wenn alles zum Bund geht, wird die Ohnmacht des Bürgers noch grösser. Kann dies staatspolitisch erwünscht sein? Es gibt wohl schon genug Menschen, die von 'denen da oben' die Nase voll haben.» Damit hat dieser Siblinger wohl uns gemeint.

Besonders in Sachen Kernenergie ist das Misstrauen der Bevölkerung gross. Auf die Probleme, die wir jetzt mit dem Atommüll haben, haben die AKW-Gegner nämlich schon lange hingewiesen. Ihre Warnungen wurden mit leeren Versprechungen in den Wind geschlagen. Vor der Volksabstimmung über die Atom-Initiative von 1979 versprach der Bundesrat, den laufenden AKW die Betriebsbewilligung zu entziehen, falls bis 1985 kein Standort für ein Atommülllager gefunden sei. Der Standort wurde nicht gefunden, die AKW liess man trotzdem laufen. Die Lösung des Abfallproblems wurde einfach hinausgeschoben. Die Mehrheit des Schweizervolkes hat diese in-

konsequente Politik im September des vergangenen Jahres mit der Zustimmung zur Moratoriums-Initiative quittiert. Es geht jetzt darum, ohne Hektik die annehmbarste Lösung für das Problem der radioaktiven Abfälle zu suchen.

Es ist eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen, wenn Herr Fischer die Verantwortung für das bisherige Fiasco der Nagra einfach denen zuschiebt, welche die unheimlichen Abfälle, die in unverantwortlicher Weise produziert wurden und immer noch produziert werden, nicht mit offenen Armen entgegengenommen haben. Mit dem Abbau der demokratischen Mitsprache lässt sich der Widerstand der Bevölkerung nicht aus der Welt schaffen.

Herr Fischer, Sie sollten spätestens aufgrund des Kaiserangst-Debakels gemerkt haben: Je weniger juristische Möglichkeiten Sie den Betroffenen lassen, um so stärker wird sich der Widerstand auf eine andere Ebene verlagern und sich in Demonstrationen oder sogar Besetzungen äussern. Wollen Sie das? Die Art und Weise, wie Sie den «sogenannten Energiefrieden» zitieren, erweckt tatsächlich den Eindruck, dass Ihnen an diesem Frieden gar nichts liegt. Die Massnahmen, die Sie vorschlagen, würden das Klima bei den Betroffenen denn auch massiv verschlechtern.

Eine Lösung für das Abfallproblem muss aber, wie Sie am Ende Ihrer Motionsbegründung richtig sagen, eine einvernehmliche Lösung sein. Sie muss im Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung gefunden werden: in einer offenen und partnerschaftlichen Diskussion aller Sachzwänge einerseits und aller Einwände andererseits. Dem läuft die Motion diametral entgegen.

Wenn Sie nicht neue Kämpfe um die leidige Atommüllfrage entfachen wollen, so lehnen Sie die Motion Fischer-Seengen ab. Im Falle einer Revision der Kernenergiegesetzgebung, wie sie mit dieser Motion verlangt wird, würde mit Sicherheit das Referendum ergriffen. Statt unsere Energien in weiteren Auseinandersetzungen um die Kernenergie zu verpuffen, sollten wir sie lieber in die Lösung der Probleme investieren, welche uns die Produktion von Atommüll bis jetzt bereits verursacht hat und weiterhin verursacht.

Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Weder Hansjürg: Der Energiefriede sei ausgebrochen, hat man uns vor einigen Monaten lauthals wissen lassen. Man hat sogar erreicht, dass einige mit diesen Aeusserungen äusserst zufrieden waren. Herr Bundesrat Ogi hat eine Konfliktlösungsgruppe «Atomabfall» ins Leben gerufen, und männiglich war ihm dankbar dafür, dass er dieses heisse Eisen endlich in die Hände nahm. Im Gespräch mit den Vertretern der Direktbetroffenen soll erreicht werden, die schwierigen Probleme der Nuklearabfälle gemeinsam in einem Klima der gegenseitigen fachlichen und menschlichen Achtung zu bearbeiten und nach gangbaren Lösungen zu suchen. Soweit zu Bundesrat Ogi.

Nun will Herr Fischer-Seengen, dass zukünftig weder Kantone noch Gemeinden mitreden können. Er möchte die Bevölkerung umdrücken und die Umweltorganisationen ins Offside stellen. Das ist die Absicht des Herrn Fischer-Seengen.

Ich appelliere jetzt ganz speziell an die Liberalen in diesem Rat – Herr Bundesrat Ogi zähle ich ebenfalls dazu –: Herr Fischer möchte das Enteignungsrecht realisieren. Es ist für mich eine unerhörte Enttäuschung, dass Bundesrat Ogi und mit ihm der Bundesrat diese Motion annehmen wollen. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass unsere Bevölkerung entmachtet und entreichtet werden soll.

Ich habe fast die Ahnung – Herr Bundesrat Ogi –, dass Sie das nicht ganz gut durchgelesen haben. Auf jeden Fall wird sich das für Sie noch als Bumerang herausstellen; Sie treten für etwas ein, das wir in der Schweiz nicht haben wollen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass irgendein Mann der SVP so etwas zustimmen kann.

Ein anderes Moment, das überhaupt nicht berücksichtigt wurde, kommt dazu: Das Problem, das wir behandeln, betrifft die nächsten zehn- bis zwanzigtausend Jahre. Nun will Herr Fischer eine sogenannte endgültige Lösung erzielen. Das heisst, den Müll an irgendeinem Ort verlochen und verschlossen. Dieses Ziel ist veraltet. Das können wir nicht mehr annehmen.

men – aus Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Solange der Müll nämlich nicht beherrschbar und solange er schädlich ist – das erstreckt sich wie gesagt auf Zehntausende von Jahren –, können wir dieses Ziel nicht mehr annehmen. Wir müssen den Müll beherrschen; wir müssen den Zugriff zu ihm realisieren: Wir dürfen den Müll nicht verlochen! Das ist das Kriterium beim Atommüll.

Mit anderen Worten: Das Problem ist weltweit nicht gelöst. Herr Fischer-Seengen suggeriert jedoch, dass dieses Problem lösbar ist. Dabei weiss er sehr genau, wie viele von Ihnen wahrscheinlich auch vermuten, dass dieses Problem so schnell gar nicht gelöst werden kann.

Nach unserer Auffassung soll die Standortsuche so lange sistiert werden, bis die Entscheidung gefallen ist, ob wir den Müll verlochen, verstecken und damit grosse Risiken eingehen wollen oder aber – Punkt 1 – ob wir den Zugriff zu diesem Material noch garantieren wollen.

Ich habe für die Vertreter der Freisinnigen Partei, die diese Motion grossenteils mitunterzeichneten haben, überhaupt kein Verständnis. Sie wissen ganz genau, Herr Fischer-Seengen, dass sich dort, wo je einmal dieser Müll gelagert werden soll, das Volk erhebt. Das Volk will das nicht. Und ausgerechnet dieser Bevölkerung wollen Sie das Mitspracherecht wegnehmen!

Mit Ihrer Motion, Herr Fischer, gefährden Sie aber auch leichtfertig den so sehr hochgejubelten Energiefrieden. Hochgejubelt ebenfalls von Herrn Bundesrat Ogi. Doch, doch! Sie haben auch am Fernsehen davon geredet und sich mit unseren Freunden und unseren Gegnern ablichten lassen. Ich bitte Sie, sehr wohl zu beachten, dass damit auf einem Pfad gewandert wird, der sehr viel Brisanz in sich birgt. Wir müssen in aller Offenheit das Gespräch mit der ganzen Breite der AKW-Befürworter und der AKW-Gegnerschaft suchen. Wir müssen nach einer einvernehmlichen Lösung suchen.

Gesagt werden muss noch, dass die Nagra unehrlich ist; sie hätte sonst längst eingestanden, dass dieses Problem im Moment noch nicht lösbar ist. Sie hätte auch eingestanden, dass wir alle Vorkehrungen treffen müssen, damit dieses Problem so gut wie möglich später einmal gelöst werden kann. Das heisst konkret: Wir dürfen den Atommüll nicht verlochen, sondern wir müssen den Atommüll an der Oberfläche liegen lassen und ihn von unseren nachkommenden Generationen be hüten lassen. Diejenigen, die das einmal verschuldet haben werden – Herr Fischer zu allervorderst –, diejenigen, die an diesem Debakel, dem wir entgegengehen, schuld sind, werden es ja nicht mehr erleben. Sie können «je m'en fous» sagen. Wir müssen alles daran setzen, dieses Problem gemeinsam zu lösen, dieses Material oberirdisch zu lagern und es zu überwachen.

In diesem Sinne ist die Motion Fischer-Seengen ein Bumerang.

Nicht nur in meinem Namen, Herr Fischer, sondern auch im Namen der Fraktion und vieler meiner Kolleginnen und Kollegen darf ich diese Motion herzlich zur Ablehnung empfehlen.

Thür: Diese Motion gehört zu einer Reihe von Versuchen, die demokratischen Rechte von Bürgerinnen und Bürgern bei Grossprojekten zu beschneiden. Man ist es offenbar leid, akzeptieren zu müssen, dass es in der dichtbesiedelten Schweiz nicht mehr so einfach ist, solche Grossprojekte durchzubringen. Und es ist nichts Neues, dass die Schuld für diese Schwierigkeiten dann jenen Bürgerinnen und Bürgern in die Schuhe geschoben wird, die von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen.

Das war schon so, als man in der letzten Legislatur im Schnellzugstempo – Sie erinnern sich vielleicht noch – das Plange nehmungsvorfahren für Grossbauvorhaben der SBB revidierte und bei dieser Gelegenheit demokratische Rechte abbaute. Dabei war damals schon bekannt, dass nicht die wenigen Einsprachen der Umweltverbände für die Verzögerungen verantwortlich waren, sondern eben die schlechte Planung der SBB.

Nun will Herr Fischer-Seengen nach dem gleichen Strickmuster von den eigentlichen Problemen ablenken, die im Zusammenhang mit der Lagerung von radioaktiven Abfällen entstehen. Er erweckt den Eindruck, als ob wir längst Endlagerstät

ten hätten, wenn wir im Verfahren etwas weniger Demokratie hätten.

Frau Hafner hat am Beispiel von Siblingen darauf hingewiesen, dass diese Auffassung falsch ist; gerade im Fall Siblingen waren nämlich technische Hindernisse ausschlaggebend, dass die Nagra auf diesen Standort verzichten musste.

Das gleiche könnte in bezug auf alle andern Standorte gesagt werden, bei denen die Nagra in den letzten zehn Jahren doch sehr glücklos gebohrt und gesucht hat.

Herr Weder Hansjürg hat in einem engagierten Votum auf die Problematik im Zusammenhang mit der Endlagerung von radioaktiven Abfällen hingewiesen. Herr Fischer-Seengen will diese Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen. Er will nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Nagra seit zehn Jahren das im Atomgesetz formulierte Ziel verfehlt hat und man heute eigentlich vor der Frage stünde, ob die laufenden AKW überhaupt noch betrieben werden dürfen.

Mit seiner Motion will Herr Fischer-Seengen von dieser Problematik ablenken; er gaukelt uns vor, dass wir mit etwas weniger Demokratie die Endlagerung radioaktiver Abfälle doch noch lösen könnten.

Meine Vorredner haben darauf hingewiesen, dass die Ueberweisung dieser Motion für den vielpostulierten Energiefrieden ein ganz schlechtes Signal setzen würde.

Ich bitte Sie deshalb, dieses falsche Signal nicht zu setzen und die Motion Fischer-Seengen abzulehnen.

Fischer-Seengen: Wahrscheinlich würde es Ihnen jetzt Freude machen, wenn ich im gleichen polemischen Ton wie meine Vorredner weiterfahren würde. Diese Freude mache ich Ihnen aber nicht. Ich bemühe mich, die Frage sachlich anzugehen und entsprechend sachlich zu argumentieren.

Ich fange wie Frau Hafner Ursula auch mit dem Energiefrieden an. Herr Bundesrat Ogi hat diesen Energiefrieden nach der Abstimmung vom 23. September 1990 ausgerufen. Damals wurde beschlossen, dass während zehn Jahren keine neuen Atomanlagen gebaut werden dürfen. Wir haben diesen Volksentscheid akzeptiert. Wir stehen dazu. Wir halten den Energiefrieden ein.

Das Problem der Entsorgung muss aber trotzdem gelöst werden. Die Lösung des Entsorgungsproblems bei Nuklearanlagen gehört auch zum Energiefrieden. Das hat nichts damit zu tun, dass man die Konfliktkultur unterlaufen möchte. Oder habe ich das, was Frau Hafner Ursula gesagt hat, falsch verstanden? Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Bereitstellung von solchen Lagern mehr ein Problem von administrativen als von technischen Hindernissen ist.

Ich bestreite ganz klar, was Herr Weder Hansjürg hier sagt: nämlich dass das Problem technisch nicht lösbar sei. Das Problem ist technisch lösbar, aber man muss den damit befassten Leuten die Gelegenheit geben, diese technischen Probleme praktisch zu lösen. Diese Probleme werden – zumindest teilweise – mit geologischen Untersuchungen gelöst. Diese geologischen Untersuchungen muss man eben machen können; man sollte nicht Verzögerungen von acht und mehr Jahren in Kauf nehmen müssen, wie das in Siblingen der Fall war. Diese acht Jahre sind wesentlich – vielleicht nicht hundertprozentig, aber sehr wesentlich – darauf zurückzuführen, dass das Bewilligungsverfahren nicht voranging. Mit den geltenden Rechtsgrundlagen ist eine zeitgerechte Realisierung dieser Lager für nukleare Rückstände nicht möglich.

Zum Rechtlichen: Mit der Annahme von Artikel 24quinquies der Bundesverfassung ist die Kompetenz, auf dem Gebiet der Atomenergie zu legiferieren, auf den Bund übertragen worden. Es besteht deshalb rechtlich gesehen kein Problem, dieses Bewilligungsverfahren beim Bund zu konzentrieren. Die kantonalrechtlichen Anliegen, soweit der Bund diese Belange nicht ohnehin behandeln muss, können im bundesrechtlichen Verfahren berücksichtigt werden. Wie bisher sollen sämtliche Kriterien im Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden, auch raumplanerische, umweltschützerische usw. Die Konzentration der Verfahren beim Bund muss keine Schmälerung der Rechte der Betroffenen beinhalten. Das Einsprache- und Beschwerdeverfahren kann nach wie vor durchgeführt werden. Es sollen nur Doppelpurigkeiten abgebaut werden, Herr

Weder. Wir wollen die Geologie nicht verändern, sondern wir wollen sie untersuchen.

Nun stellt sich die Frage: Warum soll diese Revision nicht im Rahmen der Totalrevision des Atomgesetzes gemacht werden? Das Moratorium dauert zehn Jahre. Wenn man die Totalrevision des Verfahrens für neue Kernanlagen schon heute in Angriff nähme, würde es ohne Zweifel als Zwängerei aufgefasst, wofür ich noch Verständnis hätte. Deshalb soll vorerst einmal die Lösung der Entsorgungsfrage vorgezogen werden. Die Forderung nach höchster Sicherheit wird von allen Seiten gestellt. Wir wollen die technisch beste Lösung finden. Die Lager sollen deshalb an den optimalen Standorten errichtet werden können, in der bestmöglichen Geologie, denn die Abfälle sollen nicht in irgendein Loch geworfen werden, wie Herr Weder das behauptet hat. Für den Fall – und nur für den Fall –, dass ein freihändiger Erwerb nicht möglich ist, soll ein Enteignungsrecht vorgesehen werden.

Es ist richtig: Dieses Problem muss partnerschaftlich gelöst werden. Es kann aber nur dann fristgerecht gelöst werden, wenn wir die gleichen Erfahrungen, die bei der Bahn dazu geführt haben, dass man ein beim Bund konzentriertes Verfahren geschaffen hat, auch bei der Entsorgung der Kernenergie berücksichtigen und dieses Verfahren wählen.

Ich bitte Sie deshalb, mit der Annahme meiner Motion dem Bundesrat den Auftrag zu geben, uns eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Bundesrat Ogi: Die Entsorgung von radioaktiven Abfällen ist eine nationale Aufgabe, und hier müssen wir eine Lösung suchen und eine Lösung finden. Dies vor allem bei kurzlebigen schwach- und mittelaktiven Abfällen. Hier kann die Frage der Entsorgung nicht mehr guten Gewissens auf die lange Bank geschoben werden. Mit oder ohne AKW produzieren wir Dreck, und diesen Dreck dürfen wir nicht einfach unseren Kindern und Kindeskindern überlassen. Hier müssen wir eine Lösung finden.

Die Nagra steht an allen Standorten für diese Sorte von radioaktiven Abfällen verfahrensrechtlichen und politischen Problemen gegenüber: so am Oberbauenstock, am Piz Pian Grand, am Bois de la Glaive, am Wellenberg. Deshalb sucht der Bundesrat eine Lösung. Er suchte diese Lösung in einem Gespräch mit den kantonalen Energiedirektoren und mit den Kantonen. Und diese Gespräche werden weitergeführt.

Aber der Bundesrat scheut sich nicht, auch im Rahmen dieses «Energieprogramms 2000», im Rahmen von Konfliktlösungsgruppen das Problem anzugehen – so vor einer Woche am runden Tisch in Solothurn, wo von Greenpeace, Herr Weder, bis zu den KKW-Betreibern alle während anderthalb Tagen diskutiert haben und vielleicht nicht die beste Lösung gefunden haben – aber wir müssen auch einmal bereit sein, die zweitbeste Lösung zu akzeptieren. Stören Sie diesen Prozess nun nicht, Herr Weder! Lassen Sie uns erst einmal, wie Sie gesagt haben, Lösungen erarbeiten!

Aber man stösst überall auf Widerstand. Das hat wiederum diese Minidebatte gezeigt. Weil man nicht weiterarbeiten kann, weil man nicht weiter Lösungen erarbeiten kann und darf, müssen wir die Revision wohl in Aussicht nehmen. Deshalb ist die eingereichte Motion unumgänglich, wenn die hängigen Untersuchungen vorwärtsgehen und uns die Konfliktlösungsansätze zu einem Erfolg führen sollen.

Nun haben Sie den Teufel an die Wand gemalt, Herr Weder. Beim Bewilligungsverfahren würde der Bund in erster Linie das Zepter führen; das ist richtig. Es gäbe keine kantonalen Bewilligungen mehr, aber das Mitspracherecht der Kantone wäre gewährleistet. Wenn Sie sagen, die Kantone würden entmachtet: Davon kann gar nicht die Rede sein.

Wie bisher würde das Gesuch vom Kanton geprüft, aber statt zu entscheiden, hätte der Kanton dem Bund seine Stellungnahme abzugeben, etwa wie beim Bau von militärischen Anlagen. Weiter würde ein gesetzliches Enteignungsrecht eingeführt. Das Enteignungsverfahren würde dadurch verkürzt. Die bisherigen langen Verzögerungen sind unhaltbar geworden. Immerhin – das möchte ich Sie zu beachten bitten – geht es hier um eine nationale Aufgabe, die wir nicht vor uns herschieben und auch nicht ins Ausland abschieben können.

Zum Schluss, Herr Weder, noch ein Wort zu diesem Energiefrieden. Auch Frau Hafner hat auf diesen Energiefrieden mit einer schönen Foto aus ihrer schönen Stadt Schaffhausen hingewiesen. Energiefrieden – er wurde übrigens ein Jahr lang gelebt; ich bin stolz darauf – heisst nicht, dass wir die dringend notwendigen Lösungen verhindern wollten; Nuklearabfälle sind nämlich ein Problem, das wir sofort lösen müssen, für unsere Kinder und Kindeskinder. Das hat nichts mit dem Moratorium zu tun. Atommüll haben wir selbst bei einem AKW-Bau stoppen. Helfen Sie uns, Lösungen zu finden.

Ich bitte Sie, die Motion Fischer-Seengen zu überweisen.

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung der Motion	70 Stimmen
Dagegen	56 Stimmen

90.735

Motion der sozialdemokratischen Fraktion

Motion du groupe socialiste

Le président: Malheureusement, une malencontreuse erreur s'est glissée dans la réponse du Conseil fédéral à la motion 90.735 du groupe socialiste. Au point 8, il y a effectivement une contestation de la part du Conseil fédéral au sujet du texte que je vous ai présenté. Il ne s'agit pas de l'adoption sous forme de postulat, mais bien d'un rejet de ce point 8.

J'invite à la tribune Mme Ursula Mauch pour préciser le contenu de ce point 8. Ensuite nous entendrons le point de vue du Conseil fédéral, puis nous passerons au vote.

Frau Mauch Ursula: Wir müssen auf den Punkt 8 zurückkommen: Es geht um die Sistierung aller Kernenergieforschungsprogramme mit Ausnahme der Sicherheitsaspekte. Wir haben den Bundesrat gebeten, auf diese Art von Forschung zu verzichten. Er ist dazu offensichtlich nicht bereit. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir uns in einer Zeit beschränkter Budgets befinden. Sie haben gehört: Es geht in bezug auf die Bundesfinanzen in den nächsten Jahren ganz wesentlich schlechter. Wir meinen nun, dass die Forschung auch im Energiebereich insbesondere auf zukunftsrichtige und nicht auf überholte Technologien konzentriert werden muss. Wir haben bereits auch mitbekommen, dass das Budget des nächsten Jahres für das Aktionsprogramm «Energie 2000» im Bundesrat auf die Hälfte reduziert worden ist. Ein weiterer Hinweis, dass wir mit den vorhandenen Mitteln außerordentlich haushälterisch umzugehen haben! Wenn uns der Bundesrat in seinem Bericht vorschlägt, dass auch in bezug auf neue Reaktoren die Forschung weitergeführt werden müsste, dann lehnen wir das ganz eindeutig ab. Diese Forschung ist insbesondere auch für junge und kritische Wissenschaftler gar nicht mehr interessant. Wir werden gar nicht mehr in der Lage sein, gutes Personal zu finden, das sich in dieser Forschung engagiert.

Kommt schliesslich auch die Frage dazu: Ist oder wäre das überhaupt Bundessache? Muss der Bund an neuen Reaktoren herumforschen? Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das Eidgenössische Institut für Reaktorforschung eine private Gründung war, die dann vom Bund mit der Zeit übernommen werden musste, weil diese Forschung nicht rentierte. Wir sollten unsere Forschungsmittel dringend dort einsetzen, wo für die Zukunft geforscht wird, und nicht dort, wo wir Vergangenheit bewältigen – mit Ausnahme von dem, was wir mit «Sicherheitsaspekten der AKW» bezeichnen.

Ich möchte Sie daher bitten, auch Punkt 8 als Postulat zu überweisen.

Bundesrat Ogi: Zunächst möchte ich mich für diesen Fehler entschuldigen. Ich weiss nicht, wo der Fehlerteufel sitzt, aber es ist so, dass es anscheinend zwei Versionen gibt.

Frau Mauch hat die Ausgangslage sehr gut erläutert. Sie kommt zu einem anderen Schluss als der Bundesrat. Es geht darum, ob wir eine Beschränkung der kerntechnischen Forschung nur auf die Sicherheitsaspekte wollen oder nicht. Der Bundesrat ist der Meinung, dass wir die Kernenergieforschung nicht nur auf die Sicherheitsfragen im engen Sinn be-

schränken dürfen. Wichtig bleiben auch andere Fragen: Fragen des Strahlenschutzes, Fragen der Entsorgung und vor allem – vergessen Sie das nicht, es muss nach dem Jahre 2000 auch weitergehen – Fragen der neuen Reaktoren, Stichwort: Kernfusion. Deshalb sollten wir hier den längerfristigen Einsatz sehen und jetzt diese Uebung nicht abbrechen. Wir müssen auf diesem Feld weiterhin tätig sein, sonst werden wir gar keine Studenten mehr haben, sonst wird diese Forschung abgemeldet sein, während sich im Ausland – so hoffen wir doch – neue Entwicklungen am Horizont abzeichnen, die auch für uns von grossem Interesse sein können.

Ich bitte Sie deshalb, die Motion auch als Postulat abzulehnen und dem Bundesrat zu folgen.

Punkt 8 – Point 8

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung als Postulat	50 Stimmen
Dagegen	77 Stimmen

Schluss der Sitzung um 19.55 Uhr

La séance est levée à 19 h 55

Motion Fischer-Seengen Teilrevision der Kernenergie-Gesetzgebung

Motion Fischer-Seengen Energie nucléaire. Révision de la législation

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3016
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.11.1991 - 14:30
Date	
Data	
Seite	2100-2103
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 655